



2021/39 dschungel

<https://shop.jungle.world/artikel/2021/39/hashtag-patrilinear>

Der Streit über die Sprecherposition von Max Czollek

Hashtag »patrilinear«

Von **Dieter Meyer**

In einem offenem Brief solidarisieren sich Künstler, Wissenschaftler und Intellektuelle mit Max Czollek und bekräftigen, dass der Autor eine jüdische Sprecherposition innehat. Warum die Definition des Judentums keine Verhandlungsmasse ist und die Kontroverse die Widersprüche der postidentitären Theorie reproduziert.

Das 2018 erschienene Buch »Desintegriert euch!« machte Max Czollek zu einem Starintellektuellen des deutschen Feuilletons. Sein laut Verlagswerbung »wildes Zeugnis der - jüdischen Szene« war ein Plädoyer für gesellschaftliche Vielfalt, das die seinerzeit heftig geführte Integrationsdebatte gegen den Strich zu bürsten versuchte. Vor dem Hintergrund erstarkender rechtsextremer Bewegungen warb Czollek in flapsigem Tonfall für migrantische Selbstermächtigung. In jüdischen und muslimischen Minderheiten wollte er geeignete Verbündete im Kampf gegen eine deutsche Leitkultur erkannt haben.

Hätte ein außenstehender Autor von Juden und Muslimen gefordert, sich von der »Mehrheitsgesellschaft« abzugrenzen, wäre das, gerade in einem politischen Milieu, das so vehement auf Sprecherpositionen pocht, zweifellos als Anmaßung empfunden worden. Deshalb ist die Frage der Zugehörigkeit von Max Czollek zum Judentum, über die seit ein paar Wochen zunächst in den sozialen Medien, inzwischen auch im Feuilleton erregt gestritten wird, nicht nur eine persönliche Angelegenheit, sondern mit ihr steht und fällt die Autorität, die sein Schreiben beansprucht.

Ein kurzer Rückblick: In einem Fernsehgespräch zwischen Maxim Biller und Max Czollek bemerkte Biller, dass er »Leute wie dich (Czollek), die zurzeit als Faschings- und Meinungsjuden den linken Deutschen nach dem Mund reden, kaum noch aushalte«. Czollek, so schrieb Biller, dieses Gespräch kurz danach in einer Kolumne in der Zeit aufgreifend, sei ein Beispiel für »inzwischen zu viele deutsche Intellektuelle, (die) in ihre gojischen Biographien jüdische Episoden und Leitmotive hineinredigierten«. Czollek verschleierte seine Herkunft, so gut es gehe, da in seiner Familie nur sein Großvater väterlicherseits, der in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald inhaftiert war, jüdisch sei, was den Nachkommen Czollek weder nach den Gesetzen der jüdischen Orthodoxie noch nach denen der Reformer zum Juden mache. Nach diesem Gespräch twitterte Czollek: »Für Maxim Biller bin ich übrigens kein Jude. Vielleicht sollten wir auch mal über innerjüdische Diskriminierung sprechen. #patrilinear«

Mit dem Hashtag »patrilinear« implizierte er erneut, dass sein Vater Jude sei, wofür aber nichts spricht. Klar ist, dass nach dem jüdischen Religionsgesetz, Halacha genannt, das Judentum des Großvaters von Czollek nicht auf dessen Vater übergehen kann. Anfang September erklärte die Autorin Mirna Funk in der FAZ einer deutschen Leserschaft die Komplexität der Debatte und warum sie eine innerjüdische bleiben sollte. Funk merkte an, dass unter das israelische »Rückkehrgesetz« auch Menschen mit nur einem jüdischen Großvater fielen, da diese nach den Nürnberger Gesetzen als Juden verfolgt worden wären. Allerdings habe Czollek auch sie getäuscht und erzählt, dass seine Eltern jüdisch seien. Wer Rang und Namen hat, äußerte sich in der Folge zur »Biller-Czollek-Kontroverse«, zum Beispiel Micha Brumlik, Anetta Kahane, Michael Wolffsohn und Josef Schuster.

Den vorläufigen Höhepunkt der Debatte bildet ein offener Brief von Künstlern, Wissenschaftlern und Intellektuellen, die sich mit Max Czollek solidarisieren und seine jüdische Identität verleugnet wännen. Die 278 Unterzeichner, darunter Mithu Sanyal, Fabian Wolff, Malcolm Ohanwe, Yasemin Shooman, Daniel Bax, Margarete Stokowski und René Aguigah, monieren darin »eine unerträgliche, vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte fassungslos machende Debatte gegen unseren Kollegen«. Die mehrheitlich nichtjüdischen Briefschreiber, flankiert von einigen jüdischen Unterstützern, beklagen zudem ein Debattenklima, in dem »immer häufiger unliebsamen Stimmen das ›Jüdischsein‹ abgesprochen« werde. Die Feststellung, dass jemand kein Jude ist, sei dabei nur »ein Vorwand, um einen engagierten Befürworter einer pluralistischen Gesellschaft zu diskreditieren«.

Maxim Biller, von dem die Kontroverse ausging, kann man solch finstere Absichten schwerlich unterstellen. Die Vermessenheit dieser Erklärung besteht aber darin, dass ein loser Zusammenschluss von Leuten unter Missachtung jeglicher judaistischer Bildung die halachische Definition des Judentums öffentlich delegitimiert. Das moralische Empfinden jener (post)identitären Linken, vertreten durch die Unterzeichnenden, soll in dieser Frage gelten. Dem Umstand, dass wohl noch nie ein Konstrukt wie das des »Großvaterjuden« in innerjüdischen Kreisen ernsthaft diskutiert wurde, wird keinerlei Bedeutung zugemessen. Während die Frage »Wer ist ein Jude?« innerhalb des Judentums lebhaft diskutiert wurde und wird, sollte es sich von selbst verstehen, dass es bei Juden auf Befremden stoßen muss, wenn deutschsprachige Meinungsproduzenten zumeist nichtjüdischer Herkunft nach Gutdünken darüber zu bestimmen beanspruchen, wer als jüdisch zu gelten hat. Die Vermessenheit dieses Briefes ist beredtes Zeugnis für die Richtigkeit von Mirna Funks Urteil, dass diese Debatte besser eine innerjüdische hätte bleiben sollen.

Die Juden verstehen sich seit Moses' Tagen als »Volk des Buches«, zu dem man als Einzelner übertreten kann, in dem man aber nur verbleibt, wenn die eigene Familie im Ganzen auf dem Buch gründet. Dass also im Judentum außer dem Religionsbegriff noch ein Begriff von jüdischer Gemeinschaft vorhanden ist, der anders als die europäischen Volksbegriffe, wie sie im Gefolge der Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts gängig wurden, weder ein »rassischer« noch ein exklusiver, sondern ein durch die Möglichkeit des Übertritts inklusiver ist, mag jene verwirren, die auch dem hybriden Begriff »people« als einem für den Übertritt offenen Amalgam aus Schicksalsgemeinschaft, Tradition, Religion und kulturellem Erbe verständnislos gegenüberstehen. Diese Missachtung der innerjüdischen Auffassungen hat Gründe: Sie ist Ausdruck einer Ideologie, die, aus den Geisteswissenschaften kommend, inzwischen auch den Kulturbetrieb dominiert.

Es handelt sich hierbei um eine Theorie der Festschreibung und Wandelbarkeit ethnischer und gesellschaftlicher Identitäten. Man besteht einerseits auf einer Festschreibung und Kategorisierung von Menschen nach Hautfarben, die den Grad an Diskriminierung beziehungsweise ihrer Privilegiertheit determinieren soll, den diese in einer postkolonialen Gesellschaft automatisch erleben würden, unabhängig von ihren persönlichen Erfahrungen. Diese an rassistische Denkmuster erinnernde Einordnung soll es einfacher machen, das Ausmaß an ausgleichender Gerechtigkeit zu ermitteln, die jenen Personen nach den Vorgaben der critical race theory zukommen sollte.

Andererseits soll in allen anderen Bereichen der Zugehörigkeit, wie Geschlecht oder Religion, völlige Freiheit des individuellen Bekenntnisses herrschen. In diesem Sinne argumentierte etwa die Autorin Alice Hasters, die zu den Erstunterzeichnerinnen des offenen Briefs gehört, in der 2015 begonnenen Debatte über die ethnisch weiße, sich aber als schwarz verstehende US-amerikanische Kulturwissenschaftlerin Rachel Dolezal: »Race und Gender«, so Hasters, »sind eben nicht gleichermaßen änderbar. Ja, es sind beides soziale Konstrukte, aber sie haben nicht den gleichen Ursprung. Mein Geschlecht gehört mir, meine Geschichte nicht.«

Alle Identitätskategorien außer der Hautfarbe werden von den Vertretern dieser Denkrichtung also zu praktisch geschichtslosen Variablen erklärt, die frei wählbar oder zumindest nur rein subjektiv-innerlich, nicht von außen bestimmbar sind. Dieses Theorie steht, einmal abgesehen von ihrer historischen Unzulänglichkeit, in direktem Widerspruch zum traditionellen Judentum. Die Halacha kennt sehr genau definierte Zugehörigkeiten und setzt der Idee fluider Identitäten somit feste Grenzen. Nicht umsonst verweisen Anetta Kahane, Josef Schuster und andere Czollek auf den komplizierten, aber gangbaren Weg der Konversion.

Das Selbstbewusstsein, Jüdischsein nach eigenem Belieben und wider das halachische Regelwerk zu behaupten, beziehen die Vertreter der postidentitären Linie aus intellektuellen Quellen wie der französischen Dekonstruktion eines Jacques Derrida und der Carl-Schmitt-Adaption von linken Denkern wie Chantal Mouffe und Ernesto Laclau. Kurz gesagt, wird hier postuliert, dass jedes Konzept von Wahrheit nur einen von der entsprechenden Seite gewonnenen Machtkampf um die Deutungshoheit abbildet. Diese Kämpfe um den Diskurs sind demnach das Einzige, was als real gelten darf. Daher nimmt es nicht wunder, dass eine so informierte Kohorte an Absolventen jener Studiengänge auch das Judentum als Verhandlungsmasse ansieht.

Czolleks eigenes politisches Programm der »Desintegration« geht aus dieser Ideologie hervor. Er verbindet sie mit eigenen Thesen zur Unaufrichtigkeit des deutschen Gedenkens, wie sie Henryk M. Broder und Eike Geisel bereits etwa 30 Jahre zuvor formulierten, um dann ein Ende des von ihm so genannten »Integrationstheaters« zu fordern. Eine damit einhergehende Festschreibung von Identitäten durch Abgrenzung ist nicht das einzige, jedoch das hervorstechende Paradox der (post)identitären Ideologie.

Es geht dabei aber nur am Rande um die auch aufgrund ihrer Herkunft tatsächlich marginalisierten Menschen. So hat wohl keiner der Unterzeichner und ihrer Unterstützer so viel Zeit in die Beschäftigung mit benachteiligten Jugendlichen investiert wie etwa Ahmad Mansour, der in diesem Milieu gerne als antimuslimisch geächtet wird. Für die Marginalisierten dieser Republik haben jene Streiter für das Gute tatsächlich nichts getan.